

„Wähler*innen fragen – Kandidat*innen antworten“



ANTWORTEN Marcell Menzel (Die Linke)

Thema Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Wir beobachten mit Sorge, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt leidet, viele Menschen sich auf ihre eigenen Interessen konzentrieren, das Engagement für das Gemeinwesen sowie die Solidarität mit schwächeren Bevölkerungsgruppen abnimmt. Viele Menschen sehen politische Entscheidungsträger*innen in einer großen Distanz zu ihrer eigenen Lebenswirklichkeit. Die Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland nimmt stark ab.

Mit welchen Maßnahmen wollen Sie dazu beitragen, dass der soziale und gesellschaftliche Zusammenhalt gestärkt wird?

Die Linke setzt sich dafür ein, dass die Gesellschaft für alle funktioniert und die soziale Ungleichheit verringert wird. Dazu wollen wir die soziale Infrastruktur deutlich ausbauen. Ein gut ausgestattetes Gesundheitssystem, gute Kitas und Schulen, gut ausgebauter Nahverkehr sowie ausreichend bezahlbarer Wohnraum sind zentrale Bausteine für den sozialen Zusammenhalt. Gute Arbeitsbedingungen und höhere Löhne erleichtern allen gesellschaftliche Teilhabe. Armut wollen wir verhindern durch höhere Renten, ein höheres und längeres Arbeitslosengeld sowie eine Mindestsicherung, die gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht und nicht gestrichen werden darf. Dafür wollen wir sehr hohe Einkommen, riesige Vermögen und hohe Erbschaften stärker besteuern.

Mit welchen Maßnahmen wollen Sie dazu beitragen, dass die Zufriedenheit mit der Demokratie wieder zunimmt?

Menschen sind mit der Demokratie zufrieden, wenn ihre Anliegen berücksichtigt werden und das Leben funktioniert. Die neoliberale Kürzungspolitik der vergangenen Jahrzehnte hat das Vertrauen untergraben, dass Politik die Probleme vieler Menschen wahrnimmt und lösen will. Deshalb müssen die Kommunen endlich wieder ausreichend finanziert werden, um gute Leistungen sicherzustellen. Wir brauchen massive Investitionen, um Schulen, Brücken und die Bahn zu sanieren. Wir brauchen ein soziales Wohnungsbauprogramm und einen bundesweiten Mietendeckel, damit niemand Sorge um seine Wohnung haben muss. In der Renten- und Krankenversicherung wollen wir einen Kurswechsel hin zu einer solidarischen Versicherung, in die alle einzahlen, auch Politiker*innen, Selbständige und Beamte, und in der alle gut versorgt und gut abgesichert werden.

Welche Vorschläge haben Sie, um die Kommunen in der praktischen Umsetzung bundespolitischer Beschlüssen zu unterstützen?

Die Finanzierung der Kommunen muss verbessert werden, damit sie ihre Aufgaben gut erfüllen können. Wir brauchen eine Gemeindefinanzreform, die 100-prozentige Anrechnung der kommunalen Finanzkraft im Länderfinanzausgleich und einen Altschuldenfonds für überschuldete Kommunen. Die Einnahmen der Vermögensteuer würden den Ländern zufließen und damit auch für

die Kommunen zur Verfügung stehen. Fördermittel des Bundes müssen auch ohne kommunale Eigenanteile erhältlich sein, um nicht die Kommunen auszuschließen, die sie am dringendsten benötigen. Die kommunalen Haushalte müssen von den Sozialleistungen entlastet werden, die muss der Bund vollständig tragen. Für erneuerbare Energien sollen Gemeinden verpflichtende Zahlungen erhalten.

Thema Finanzierung/Steuern

In demokratischen Gesellschaften sollte das Steuersystem dazu beitragen, soziale Gerechtigkeit zu fördern und die finanziellen Lasten fair zu gestalten. Wir beobachten, dass die Schere zwischen arm und reich in unserem Land immer weiter auseinandergeht. Ärmere Bevölkerungsgruppen werden anteilig deutlich stärker belastet als reiche und sehr reiche Menschen.

Mit welchen finanzpolitischen Maßnahmen wollen Sie eine faire und gerechte Steuerpolitik erreichen ?

Die Linke will kleine und mittlere Einkommen entlasten durch die Anhebung des Freibetrags in der Einkommensteuer (auf 16.800€ von derzeit 12.096€) und die Streichung der Mehrwertsteuer auf Nahrungsmittel, Hygieneprodukte und Bus und Bahn. Dafür wollen wir sehr hohe Einkommen und Vermögen stärker besteuern. Die Körperschaftssteuer wollen wir auf 25% erhöhen. Kapitaleinkünfte dürfen künftig nicht mehr geringer besteuert werden als Arbeitseinkommen, deswegen muss die Abgeltungssteuer abgeschafft werden.

Wie stehen Sie zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Änderung der Erbschaftssteuer bezüglich der Überbegünstigung von Betriebsvermögen, einen höheren Spitzensteuersatz und der Bekämpfung von internationalen Möglichkeiten zur Steuervermeidung?

Die Vermögensteuer für Millionäre und Milliardäre muss wieder erhoben werden. Die Erbschaftssteuer muss reformiert und die Ausnahmen für Firmenerbschaften und -Schenkungen („Verschonungsbedarfsprüfung“) gestrichen werden. Der Spitzensatz der Einkommensteuer soll nach dem Konzept von Die Linke erst ab 85.000€ zu versteuerndem Einkommen im Jahr greifen, dafür auf 53% erhöht werden. Für das reichste eine Prozent der Einkommensbezieher wollen wir die Reichensteuer auf 60% erhöhen bei Jahreseinkommen oberhalb einer Viertelmillion Euro, auf 75% oberhalb einer Million. Konzerngewinne müssen am Ort ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit versteuert werden, um Steuerumgehung zu verhindern. Wir wollen Transnationale Konzerne dazu verpflichten, ihre Wertschöpfung, Umsätze, Gewinne und Steuerzahlungen länderspezifisch offenzulegen, um Verschleierung über Briefkastenfirmen zu verhindern. Betriebsausgaben, die nur der Gewinnverlagerung dienen, dürfen nicht abzugsfähig sein.

Thema Klimaschutz

Unser Planet soll bewohnbar bleiben und wir müssen unsere Ressourcen schonen, der Ausstieg aus fossilen Energieträgern ist dazu dringend erforderlich. Die Kosten für Naturkatastrophen, die sich aus dem Klimawandel ergeben, umfassen schon mehrere Hundert Milliarden Euro.

Setzen Sie sich für den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien ein?

Ja, unbedingt.

Was sind aus Ihrer Sicht die vordringlichen Schritte für diese Transformation?

Die öffentliche Hand soll sich stark am Aufbau der erneuerbaren Energien beteiligen, auch um so große Teile der Energieproduktion in öffentliche Hand zurückzuholen. Wir wollen eine Solarpflicht für Neubauten sowie für Bestandsbauten nach einer umfassenden Dachsanierung, wo es baulich möglich und lohnend ist. Insbesondere auf den Dächern von Gewerbeflächen. Hierfür wollen wir die Förderung ausbauen und Genehmigungsverfahren vereinfachen. Kommunen sollten einen Bonus von 25.000 Euro pro Megawatt gebautem Windrad oder gebauter PV-Großflächenanlage (für Neuanlagen und für Repowering) bekommen: direkt in die Gemeindekasse, damit die lokale Bevölkerung unmittelbar vom Ausbau der erneuerbaren Energien profitiert. Zusätzlich wollen wir Zahlungen von Betreibern von Wind- und Solaranlagen an die Standortkommunen verpflichtend machen, auf Bestandsanlagen ausdehnen und von 0,2 Cent auf 0,5 Cent je eingespeiste Kilowattstunde Strom erhöhen.

Wie bewerten Sie die Zukunft des individuellen Autoverkehrs, des Bahnnetzes und den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs? Setzen Sie sich dafür ein, dass das Deutschlandticket ab 2026 dauerhaft unter 50 Euro kostet?

Die Menschen wollen und brauchen ein sehr viel besseres öffentliches Verkehrsangebot. Wir brauchen eine Bürgerbahn statt einer profitorientierten Bahn. Damit die Bahn wieder pünktlich und zuverlässig fährt, muss das Netz saniert, elektrifiziert, Strecken wieder in Betrieb genommen und ausgebaut werden. Wir wollen das Angebot im öffentlichen Nahverkehr bis 2030 verdoppeln, um für alle gute Alternativen zum Auto zu schaffen. Jedes Dorf braucht tagsüber mindestens einmal pro Stunde eine Anbindung an Bus und Bahn. Bürgerbusse, Anrufsammeltaxis oder Rufangebote können die Grundversorgung ergänzen. Den Preis für das Deutschlandticket wollen wir wieder auf 9 Euro senken. Für Schüler*innen, Azubis, Senior*innen und Studierende soll das Deutschlandticket kostenlos sein. Perspektivisch wollen wir einen kostenfreien ÖPNV in ganz Deutschland.

Thema Wirtschaft/Fachkräftemangel

Industrie und Wirtschaft, Handwerk, Verwaltung und Dienstleistungsbetriebe beschreiben eine Entwicklung mit einem bedrohlichem Fachkräftemangel, der ohne Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte nicht zu bewältigen sein wird. Zusätzlich ist der Arbeitsmarkt im Dreiländereck bei sozialen Berufen der starken (Lohn-)Konkurrenz aus der Schweiz ausgesetzt.

Mit welchen Vorschlägen und Maßnahmen wollen Sie die hierzu benötigte Infrastruktur stärken?

Gute Löhne und gute Arbeitsbedingungen sind das zentrale Mittel, um Fachkräfte und angehende Fachkräfte zu gewinnen und zu halten. Gerade in sozialen Berufen gibt es einen hohen Anteil ausgebildeter Fachkräfte, die ihren Beruf an den Nagel hängen oder darüber nachdenken, weil die Arbeitsbedingungen zu schlecht sind. Deswegen setzen wir uns für Entlastung der Beschäftigten und für attraktive Löhne ein. Gleichzeitig muss wieder mehr ausgebildet werden. Jedes Jahr finden zehntausende Jugendliche keinen Ausbildungsplatz. Fast drei Millionen junge Menschen in Deutschland haben keinen Berufsabschluss. Wir brauchen eine Ausbildungsumlage, in die alle Unternehmen einzahlen und die ausbildungswillige Betriebe unterstützt. Auch fehlende bezahlbare Wohnungen in erreichbarer Nähe zum Arbeitsplatz machen es Betrieben teilweise schwer, Fachkräfte zu gewinnen. Deshalb setzt sich Die Linke für einen bundesweiten Mietendeckel in angespannten Wohnungsmärkten ein.

Könnten Willkommenszentren wie z.B. in Kanada ein Modell für uns sein, in denen Einwanderungswillige beraten werden zu Themen wie Arbeitserlaubnis, Anerkennung/Nachbesserung von Abschlüssen, erleichterte Arbeitsaufnahme, Möglichkeiten der Einbürgerung, ...

Die Partei Die Linke setzt dafür ein, dass Geflüchtete und Menschen, die nach Deutschland kommen, umfassend bei der Integration in den Arbeitsmarkt und die Gesellschaft unterstützt werden. Alle Geflüchteten sollten ab dem Tag ihrer Ankunft in Deutschland eine uneingeschränkte Arbeitserlaubnis erhalten. Willkommenszentren können eine gute Idee sein, wenn sie dazu dienen, Migrantinnen und Geflüchteten den Zugang zu Beratung und Unterstützung zu erleichtern. Dazu gehören u.a. Zugang zu Sprachkursen, Arbeitsmarktintegration und Anerkennung von Abschlüssen.

Wie werden Sie sich für attraktive Arbeitsbedingungen im sozialen Bereich im Dreiländereck einsetzen?

Wir brauchen bessere Arbeitsbedingungen, bessere Bezahlung und mehr Personal in sozialen Dienstleistungen. Die Arbeitsbelastung der Beschäftigten muss deutlich verringert werden. Dafür sind verbindliche Vorgaben für bessere Betreuungsschlüssel erforderlich. Tarifverträge müssen leichter allgemeinverbindlich erklärt werden können. Bei öffentlichen Aufträgen und öffentlichen Aufgaben müssen zwingend Tarifverträge eingehalten werden. Die Arbeitsbedingungen und Betreuung in Kitas, Schulen, Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen dürfen nicht länger Verfügungsmasse sein, um Steuergeschenke an Millionäre und Milliardäre zu finanzieren. Mit Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen dürfen keine Profite mehr gemacht werden.

Unterstützen Sie eine Erhöhung des Mindestlohns auf 15,-€?

Ja. Der Mindestlohn muss entsprechend der europäischen Mindestlohnrichtlinie auf mindestens 60 Prozent des mittleren Einkommens erhöht werden. Das sind 2025 mindestens 15 Euro, 2026 wahrscheinlich etwa 16 Euro.